

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Ingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 1^{IV} Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 8 Sonnabend, den 19. Februar 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperrt, Streik, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuziehen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Sperrt:

Grabbsteingehäuse Fr. Martin in Pforzheim. Marmorgeschäft Fr. Müller, Kautzstraße. Firma Kempf, Bisingen. In Briesg. Breslau sämtliche Betriebe.

Streik:

In Mittweida (Pflastersteinarbeiter). Rinn a. d. Nahe, zirka 400 Kollegen (Pflastersteinbranche). In Langenatzja müssen die Kollegen streiken um den vom Schlichtungsausschuß zugesprochenen Lohn. (Firmen Gebr. Nijshje und Deutsche Travertinwerke.)

Zugang fernhalten:

Außer den bereits genannten Orten nach Hirschberg (Schlesien), nach Borsdorf (Schlesien), nach Waldenburg (Schlesien) und Umgebung (Lohnfreiheit), nach den Zahlstellen im Ruhrgebiet, nach Friedberg, Bad Nauheim und Umgebung, nach Njaden, Stuttgart, Osnabrück.

Abelau und Weiskalen. Die Arbeitgeber der Kalk- und Dolomitindustrie haben eine Lohnhöhung abgelehnt. Zur Vermittlung ist der Staatskommissar in Dortmund angerufen.

Arzuznach. Die Firma Jakob Schmitt, Marmorgeschäft, ist gesperrt, weil sie ihre Arbeiter auf die Straße gesetzt hat. Die Kollegen haben sich andere Arbeit gesucht, bis die Firma sich bequemt, die Arbeiter anständig zu behandeln.

Erliebte Bewegungen:

Sächsischer Landesrat (Werkstein, Grabmal, Marmor). Für die Werkstein- und Grabmalgruppe werden am Sonnabend, dem 19. Februar, für die zurückliegende Lohnwoche, 40 Pf. pro Stunde Lohnhöhung und auf den Akkordtarif 580 Prozent fortlaufend gezahlt.

Die Marmorfachgruppe erklärt sich außerstande, zur Zeit eine Zulage zu gewähren. Es soll jedoch darüber nochmals eine Beipredung stattfinden.

Rosenburg o. d. T. Ab 15. Januar beträgt der Stundenlohn für Steinmetzen 5 M. Im übrigen gilt der Reichstarif für die Werksteingruppe.

Schleifsteingebiet Obermain (Eltmann u. Umg.). Ab 21. Januar 1921 wird auf die bisherigen Lohnsätze eine Zulage von 10 Prozent gewährt. Der Schlichtungsausschuß hat Schweinfurt, vom 29. Dezember, wird somit laut Einigungsvereinbarung durch das Landesamt Nürnberg, mit Ausnahme der Datumsverschiebung erfüllt.

Süplingen. Der Schiedspruch von Neuhaldensleben vom 27. September 1920 wurde am 5. Februar vom Demobilisationskommissar für verbindlich erklärt und der Begründung des Schiedspruches in allen Punkten beigetreten. Es kommen die Firmen: Gewerkschaft Heineberg und Mühlbach III in Süplingen, Munkirchen in Bodendorf, Flechtinger Steinbrüche in Flechtingen, Gebrüder Geisler in Neuhaldensleben in Frage.

Brennende Speicher.

Von Dr. Alfred Striemer.

Im reichen Amerika verbrennt man Korn, weil es im Preise tiefer steht als die Kohle. Dort werden mit Baumwolle gefüllte Speicher in Brand gesteckt, um die Preise aufzubessern. In Mitteleuropa, besonders in Deutschland und Österreich, reicht das Brot nicht aus und fehlt die Baumwolle, um die notwendigen Bekleidungsstücke herzustellen zu können. Millionen Arbeitskräfte liegen brach, den Seeschiffen fehlt es an Frachten, in den Haushalten der Nationen klaffen riesige Defizite, Fehlbeträge, für die vergeblich Deckung gesucht wird. Wo liegt die Ursache der furchtbaren Störungen? Zwischen den Korn- und Baumwoll-erzeugenden Farmern Amerikas und den auf diese lebensnotwendigen Güter angewiesenen Arbeitern Europas fehlt diejenige Verbindung, die den Ausgleich in der Bedürfnisbefriedigung herzustellen vermag. Der Weltmarkt, der sich diese Aufgabe ja gestellt hat, vermag es nicht, die überfüllten Lagerhäuser, läßt aber doch die Arbeitswilligen hungern und frieren. Dem Arbeiter aber verwehrt das Gesetz, sich anzueignen, was ihnen fehlt; es muß es tun, um die „Ordnung“ zu erhalten.

Wie gelangt die Menschheit aus diesem fehlerhaften Kreislauf der Weltwirtschaft, die so gewaltige Schätze birgt, daß alle Menschen der Not entziffen werden können. Heraus? Den Handel leitet der Gewinn, nicht das Pflichtgefühl, von nationalwirtschaftlichen oder weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus die Befriedigung der Bedürfnisse vorzunehmen. Kann das Ausland irgendein Erzeugnis aus irgendwelchen besonderen Ursachen billiger abgeben als die heimische Industrie sie herzustellen vermag, führt der Importeur die Ware ein ohne Rücksicht darauf, daß heimische Arbeiter außer Brot gebracht werden. Nur darauf, daß ihm das Geschäft Geld einbringt, kommt es für ihn an, den Ausgleich der durch seine Einfuhren verursachten Störungen überläßt er mit Ruhe der freien Entwicklung, dem freien Spiel der Kräfte.

Weil der Handel nur im eigenen Interesse handelt und spekuliert, und weil dabei die Arbeiterklassen der Völker bittere Not leiden müssen, kann diese nur überwunden werden, wenn das Eigeninteresse des Handels dem volkswirtschaftlichen Interesse Platz machen muß. Wir brauchen Brot, Futter, Rohstoffe, die in anderen Ländern überreichlich vorhanden sind. Aber, sagt man uns, wir seien zu arm, um sie kaufen und herholen zu können. Ist das wahr? Ist ein Volk arm, das eine Million und mehr Hände, fleißige und geschickte Hände frei hat, die arbeiten können und wollen? Geht hin, sendet Boten dorthin, wo Getreide und Baumwolle vorhanden sind, und frage sie, was ihnen die deutschen Arbeiter dafür geben können! So reich an Gütern, daß sie keinerlei Bedarf mehr haben, sind z. B. diese amerikanischen Farmer sicher nicht! Redet nicht von Geld und Saluta! Nehmt Waren in die Hände und tauscht sie gegen das, was wir so bitter brüchlich brauchen. Weil der Geldhandel vermag, für den der Handel Spekulation ist, darum sollen arbeitsfähige Völker hungern? An der Arbeiterkraft selbst liegt es, ihre Macht einzusetzen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zur Hilfe zu nehmen.

Die Warentauschgesellschaften brauchen nicht erst erfunden zu werden, sie sind bereits da, aber sie müssen in den Dienst einer großen nationalen Bedarfsdeckungswirtschaft gestellt werden als soziale Handelsunternehmen. Es ist Sache der Regierung und der Gewerkschaften, den Warentausch großzügig in die Hand zu nehmen, mit den amerikanischen Farmerorganisationen und anderen zu verhandeln und statt Kredit mit teureren Zinsen direkt Bestellungen auf deutsche Waren anzunehmen.

Ein internationales Arbeitsamt ist ins Leben gerufen worden, aber ein internationales Warentauschamt ist nicht weniger bedeutungsvoll. Seine Aufgabe müßte es sein, Ueberfluß und Mangel in der gesamten Weltwirtschaft auf Grund genauer Beobachtungen festzustellen und den Ausgleich zu veranlassen mit Hilfe eines sozialen Weltmarktes. Heute ist der Weltmarkt in außerordentlich hohem Maße ein Spekulationshandel, an dem sich nur Händler beteiligen können, die die Marktlage mit voller Entschlußfreiheit auszunutzen in der Lage sind.

Die in jüngster Zeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei getroffenen Tauschabmachungen, Zucker gegen Kohle, auch die Vereinbarungen mit Holland zeigen, daß der Weg des sozialen Tauschhandels praktisch beschritten werden kann. Einzuweisen ist auch auf die Tätigkeit der mit deutsch-amerikanischem Kapital gegründeten „Amfitea“, die amerikanischen Schiffsbauhändler gegen deutsche Kleinisenwaren zu tauschen begonnen hat.

Wenn wir allerdings nach den Vereinigten Staaten z. B. irgendwelche deutschen Erzeugnisse bringen wollen, die dort selbst ebenso gut und preiswerter hergestellt werden, so würden wir mit unseren Tauschwaren gegen amerikanisches Getreide, Petroleum, Baumwolle oder Kupfer nichts anderes tun als amerikanische Industriearbeiter freisetzen. Das tut ja der freie Export- und Importhandel. Nur auf dem Wege der Verständigung nach volkswirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen kann der Weltmarkt ein Warentauschverkehr werden, der behütet, daß wirtschaftliche Ungelegenheiten, wie sie sich in Krisenzeiten herausgebildet haben, auch in Zukunft wieder erscheinen können. Die Tatsache, daß amerikanische Farmer dem deutschen Volk Milchfette und Lebensmittel zum Geschenk machen, zeigt doch deutlich genug, daß die Widersinnigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage voll begriffen. Nehmt deutsche Spielwaren, Musikinstrumente, Glas- und Porzellanwaren und fragt den amerikanischen Farmer, ob er sie gegen Getreide nehmen will? Von Kaffee gar nicht zu reden. Geht verkauft sowohl die Standard Oil ihr Petroleum als das deutsche Kaliphosphat sein Kalk gegen Devisen.

Daß Gütererzeuger miteinander tauschen können, ist klar. Der Bauer oder die Kohlengrube können ihre Erzeugnisse gegen Baumaterialien und die Dienste der beschäftigten Arbeiter ebenfalls gegen ihre Erzeugnisse tauschen. Will der Bauer aber ein Haus bauen, dessen Kostenwert dem Ertrag von 20 Ernten entspricht, so entsteht doch die Frage, wo sind die Erträge von zwanzig zukünftigen Ernten auf einmal verfügbar zu machen als Zahlungsmittel für die Errichtung eines Hauses, das in einem Sommer erbaut werden kann? Zum Aufbau der Wirtschaft müssen wir also Mehrarbeit leisten, mehr als zu unserem Lebensunterhalt notwendig ist, wir müssen Ersparungen machen, wir müssen für zukünftigen Gebrauch und Verbrauch vorgetane Arbeit leisten, d. h. Kapital bilden.

Schließen sich aber fünf Bauern zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und jeder Bauer erzeugt soviel Lebensunterhaltsmittel über den eigenen Bedarf mehr, daß jeder von ihnen einen Bauarbeiter mitemännern kann, so können diese fünf Bauarbeiter jedem Bauern jährlich ein Haus bauen im Kreis gesellschaftlicher Arbeit ohne Auffammlung vorgetaner Arbeit, d. h. Kapital. Immer ist aber ein Ueberfluß an Produktion über den eigenen Bedarf erforderlich. Solche Ueberflüsse in der Weltwirtschaft sind aber da, dagegen fehlt es an der gesellschaftlichen Zusammenarbeit.

In der Weltwirtschaft fehlt die Arbeitsteilung, kapitalistische und nationalökonomische Interessen führen zu Sperrungen der Wirtschaftskräfte gegeneinander, anstatt daß sie sich zu gesellschaftlicher Zusammenarbeit finden. Je mehr Menschen da sind, die in geleiteter Arbeitsteilung produzieren können, desto größer wird die Zahl von Genuß- und Gebrauchsgütern, die jeder einzelne erwerben kann. Ueberproduktions sind bei dem Mangelbedarf der Menschheit eine völlige Unmöglichkeit. Man bezeichnet fälschlicherweise Störungen im Zirkulationsprozeß, Warenanhäufungen an einzelnen Verkehrspunkten als Ueberproduktion, die gar nicht besteht. Würde eine volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Denkwiese die Gesellschaftswirtschaft der Erde leiten, ein bewußtes Zusammenarbeiten an Stelle des Gegeneinanderarbeitens bestehen, dann würden wir bald erkennen, daß noch viel zu wenig Hände da sind, um eine Weltkultur zu schaffen. Deshalb müssen wir uns für die Forderung einsetzen, daß das internationale Proletariat die Schaffung eines Warentauschamtes erzwingen muß, das in dem Chaos der kapitalistischen Gütererzeugung die Wege für den Ausgleich zeigt.

Ein bemerkenswertes Gewerbergerichtsurteil.

In einer Lohnstreitfrage, die aus Anlaß des Berliner Streiks unserer Kollegen, mit auf Montage beschäftigten, zwischen der Firma Norddeutsche Marmorwerke, Kölnener u. Gottschalk, Berlin, entstand, wurde ein Urteil vom Gewerbergericht gefällt; das in seiner Auswertung auch für andere Zahlstellen beachtet werden muß. Die Begründung des Urteils lautet:

„Die Kläger sind im Betriebe der Beklagten als Marmorsteifer tätig gewesen und im Auftrag der Beklagten zur Ausführung von Montagearbeiten im Juli 1919 nach Thale i. Harz gerufen, wobei sich die Beklagten zur Tragung der Kosten der Hin- und Rückfahrt und Bezahlung der Spesen des Aufenthalts verpflichtet hatte. Vor Beendigung der Arbeiten in Thale brach in Berlin ein mehrtägiger Streik aus, nach dessen Beginn auch die Kläger auf Veranlassung ihrer Organisation die Arbeit einstellen. Einige Tage nach Ausbruch des Streiks sind die Kläger dann nach Berlin zurückgekehrt, weil sich das Ende des Streiks nicht absehen ließ und der Aufenthalt in Thale erheblich größere Unkosten als der hiesige (Berlin, Redakt.) verursachte. Die Kläger haben Klage auf Ertrag der Kosten der Rückreise und des für die neunstündige Fahrt zu zahlenden Lohnes mit dem Antrag erhoben.“

Die Beklagte zur Zahlung des Lohnes von je 110.65 M. an sie beide zu verurteilen.

Beklagte beantragt Abweisung, weil sie zur Arbeitsniederlegung und Rückreise ihr Einverständnis nicht erteilt habe, bestreitet aber im übrigen die Klageforderung der Höhe nach nicht. Der Klageanspruch scheint begründet, weil eine Kündigungsfrist seitens der Kläger bei Niederlegung der Arbeit nicht einzuhalten war. Unstreitig besteht im allgemeinen im Betriebe der Beklagten tägliche Kündigung und ist bei der Sendung der Kläger nach Thale nichts Abweichendes vereinbart worden. Auch hat die Beklagte auf Befragen zugegeben, daß durch den erteilten Auftrag zur Arbeit an einem anderen Ort ihr Recht, das Arbeitsverhältnis mit den Klägern unter denselben Bedingungen wie sonst zu lösen, nicht berührt werden sollte.

Das Gleiche muß zugunsten der Kläger angenommen werden. Sie haben daher nur von dem ihnen zustehenden Recht fristloser Aufkündigung des Arbeitsvertrags Gebrauch gemacht. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist die Beklagte vereinbarungsgemäß verpflichtet, die Kosten der Rückreise zu vergüten. Wollte die Beklagte sich gegen diese Rechtsfolge bei einer Aufkündigung vor Beendigung der auf der Fahrt zu leistenden Arbeit schützen, so hätte sie durch besondere Vereinbarungen hiergegen Vorkehrungen treffen müssen.

Somit das Urteil. Die Firma hatte sogar von den Kollegen seinerzeit verlangt, als der Streik beendet war, daß sie auf ihre eigenen Kosten wieder nach Thale zurückfahren, um die Arbeit dort zu beenden. Mit diesem Ansuchen ist nun die Firma durch das vorstehende Urteil auch abgerufen. Alle weiteren Versuche der Firma, namentlich durch besondere Vereinbarungen festzusetzen, daß bei einem Streik erst die Montagearbeit fertigzustellen ist und evtl. Rückreisen aus Streitort auf Kosten der betreffenden Montagearbeiter falls, scheitern an der Ablehnung unserer Kollegen. Jetzt hat die Firma eingesehen, daß diese Versuche zu nichts führen und erwägt solche besonderen einseitigen Vereinbarungen nicht mehr. Nicht als Folge ihrer Rechtsbelehrung, sondern weil unsere Kollegen es kurzerhand ablehnten. Darum hat der geschlichtete Vorgang sicher größeres Interesse, denn die Konsequenz haben auch andere sogenannte Montagearbeiter in unserem Beruf zu ziehen.

Warum noch immer Schießunfälle?

In der Nr. 6 des „Steinarbeiter“ war wiederum zu lesen, daß beim Sprengen ein Kollege aus dem Striegauer Bezirk den Tod erlitten hat, ein anderer aus Häslich durch Ausbohren eines Versagers das Augenlicht einbüßen wird. Durch eigene Unvorsichtigkeit soll es geschehen sein, aber damit wird in den seltensten Fällen das Richtige getroffen. Wenn die Schießvorschriften streng durchgeführt werden und auf die strenge Beachtung auch von den dazu berufenen Personen unbedingt bestanden wird, müssen und werden diese bedauerlichen Unfälle verschwinden! Zu diesem für die Steinbrucharbeiter so überaus wichtigen Thema sendet uns ein Kollege aus der Praxis einige Zeilen; die wichtigsten Bestimmungen der Schießvorschriften für Sprengarbeiten in den Steinbrüchen hervorzuheben. Es kann im Interesse von Leben und Gesundheit nicht oft genug gelehrt werden, Gefahren stumpfen ab und gerade das, womit man täglich, ja stündlich umgeht, wird wenig beachtet und wir lesen in irgendeinem Zahlstellenbericht deshalb auch selten, daß die wichtige Schießvorschrift einer Erläuterung unterzogen wird.

Sprengarbeiten dürfen nur von zuverlässigen und in dieser Arbeit erfahrenen Personen (Schießmeister) ausgeführt werden. Helfer darf sich der Schießmeister nur bedienen, wenn er sie ständig und unmittelbar beaufsichtigt.

Betriebsunternehmer oder sein Vertreter kann nur dann Schießmeister sein, wenn er in der Sprengarbeit erfahren ist.

In die für den Aufenthalt von Menschen bestimmten Räume dürfen Sprengstoffe und sprengkräftige Zündmittel nicht eingebracht werden.

Die Ausgabe der Sprengstoffe darf in der Regel nur unmittelbar vor dem jedesmaligen Sprengen und nur in der benötigten Menge erfolgen. Nur bei abgelegenen Betriebsstellen oder unterirdischen Betrieben können Sprengmittel schon beim Beginn der Arbeitsschicht in Mengen des vorausgeschätzten Tagesbedarfs ausgegeben werden.

Aufbewahrung und Beförderung unterliegen strenger Vorschrift, verboten ist dabei offenes Licht, Rauchen.

Beim Laden und Befestigen der Bohrlöcher, die vorher vom Bohrmehl und -schlamm sorgfältig zu reinigen sind, darf der Schießmeister sich nicht eher vom Bohrlöcher entfernen, bis genügend Befestigung angebracht ist. Alle anderen Sprengvorrate sind nach dem Laden sofort aus der Nähe des Bohrlöcher zu entfernen.

Bei Bohrlöchern über 2 Meter Tiefe müssen stets 2 Zündschnüre eingelegt werden.

Bei Verwendung von losem Pulver muß dieses mittels eines zinkenen Trichters, dessen Länge der Tiefe des Bohrlöcher entspricht, eingebracht werden.

Zum Befestigen dürfen nur lose eingeschütteter, trockener Sand oder solche Stoffe verwendet werden, die keine Funken erzeugen. Befestigungsmittel dürfen nur mittels eines hölzernen Ladestodes und ohne Anwendung von Gewalt in die Bohrlöcher eingebracht werden. Schlagen auf den Ladestock ist verboten. Eisenwerkzeuge dürfen beim Befestigen nicht verwendet werden.

Abtun der Schüsse muß unmittelbar hintereinander oder gleichzeitig erfolgen, und zwar in der Regel in den Reihen, wo die Arbeiter nicht im Betriebe beschäftigt werden. Bei nebeneinanderliegenden Betrieben ist durch Signal die Absicht der Sprengung anzukündigen.

Im oberirdischen Betriebe sind die Schüsse vor dem Abtun mit geschloffenen Händen, Taschen, Wirtsdraht, Ketten oder in ähnlicher, wirksamer Weise zu decken, so daß Sprengstücke nicht weit geschleudert werden können.

Zündschnüre müssen mindestens 20 Meter aus dem Bohrlöcher herausragen. Durch Warnungssignal sind die Arbeiter zum sofortigen Verlassen des Bruches und zum Auffuchen der angeordneten Schutzorte aufzufordern.

Soweit natürliche Deckung nicht vorhanden ist, hat der Unternehmer für die Herstellung besonderer, schußsicherer und ausreichend großer Schutzräume zu sorgen.

Das Signal zum Abtun der Schüsse (2. Signal) darf erst dann gegeben werden, wenn zuverlässig festgestellt ist, daß sämtliche bei der Schießarbeit nicht beschäftigte Personen in sicherer Deckung sind. Letztere darf erst dann verlassen werden, wenn durch ein weiteres 3. Signal die Beendigung der Sprengung angedeutet wird.

Unbesetzte oder mit Wasser besetzte Sprengschüsse sind nur durch den Schießmeister selbst abzutun. Das gleiche gilt, wenn zu befürchten ist wegen kalter Jahreszeit, daß die ins Bohrlöcher gebrachten Sprengstoffe in kurzer Zeit hart werden.

Für Schnüre, Kessel- und Lötlöffel (Spaltlötlöffel, Zungenlötlöffel) gelten ganz besondere Vorschriften über Laden, Besetzen, Abzug der Schiffe, Wiederladen der Bohrlöcher und Öffnen; Verwenden von losem Pulver und dessen Befreiung des einströmenden Materials.

Verjager hat der Schießmeister allein aufzusuchen, durch rote Fähnchen erkennbar zu machen. Ursache des Verjagens festzustellen und den Verjager recht bald unschädlich zu machen. Auch darüber bestehen ganz besondere Vorschriften. Ausbohren und Austreten ist streng verboten, ebenso das Nachbohren festgelegener Bohrlöcher. Diese sind immer so zu behandeln, als ob gefährliche Sprengstoffe in ihnen zurückgeblieben sind.

Die Strafen für zuwiderhandelnde Betriebsunternehmer sind 1000 Mark, für Arbeiter 6 Mark. Für erstere kommen eventuell noch empfindlichere Strafen in Betracht. Nach der heutigen Geldentwertung sind sie jedoch unbedeutend.

Die Strafen allein machen es auch nicht. Hauptsache ist daß unsere Kollegen die Unfallverhütungsvorschriften kennen und sie auch streng beachten. Ist ein Unglück eingetreten, nützen die Strafen nichts mehr. Aber eine laxe Beobachtung, wie sie immer wieder bei den Schießvorschriften festgestellt werden muß, erfordert energisches Zutun, sei es vom Betriebsunternehmer, sei es von den Arbeitern; das Zutun hat immer den üblichen Zweck, Menschenleben und -gesundheit zu wahren. Gewöhnlich kommen laze Behandlung, öfters direktes Vergehen gegen die Vorschriften leider erst dann zur Kenntnis, wenn das Unglück eingetreten ist.

Der Kollege A. Kuffert schreibt dazu: Was sind nun die Ursachen dieser Schießunfälle? Diese sind so zahlreich, daß man notwendig näher darauf eingehen muß. In den Gesteinslagen kommt es vor, daß diese ungangbar sind, sogenannte Spalten aufweisen, und daß dann bei der Einführung des Pulvers sich das Pulver in den Spalten verläuft und eine weitere Entzündung erfolgt. Eine weitere Ursache liegt auch an der Beschaffenheit der Zündschnur, wenn sie zum Beispiel Bruchstellen aufweist, die das Weiterbrennen verhindern. Das kann aber nur dort eintreten, wo gespart wird, indem nur einfache anstatt doppelte Schnur, wie es die Vorschriften wollen, genommen wird. Eine Hauptursache, durch die Sprengladungen nicht zur Entzündung kommen, ist in der Methode des Besetzens der geladenen Bohrlöcher, was mit Sand erforderlich ist, zu suchen. (In einigen Steinbruchgebieten wird statt „Besetzen“ auch „Verjagen“ gesagt und der Schießmeister „Verjager“ genannt. A. d.) In dieser Hinsicht ist von unseren Vorfahren viel gelehrt worden, weil die Meinung vertreten wurde, je fester der Besatz oberhalb des Pulvers gemacht wurde, desto mehr Sprengwirkung hätte der Schuß und da wurde nicht nur mit eisernen Stangen der Besatz festgerammt, sondern auch zum Heberfluh mit dem Hammer darauf geschlagen. Diese Methode brachte es mit sich, daß die Zündschnur unbrauchbar wurde, was sehr leicht geschieht, wenn der betreffende Besatz steinig ist. Diese Arbeitsweise hat sich nun leider weitervererbt. Von der praktischen Seite genommen, hat ein fester Besatz nur da einen Wert, wo das Pulver die Wirkung haben soll, das sogenannte Grundlager zu geben oder weiterzuspalten, im übrigen ist es vollständig zwecklos, hat nur den Nachteil für die Kollegen, das Bohrlöcher wieder auszuräumen, und wenn Unvorsichtigkeit dabei vorkommt, ihr Leben zu riskieren. Ein Gesteinsprengung ist nur praktisch, wo der betreffende Felsen eine vollständig freie Lage aufweisen kann oder erst freigemacht wurde; wird das unterlassen, dann kann auch kein noch so fester Besatz helfen. Das Resultat ist im ersten Fall, daß der betreffende Felsen sogenannte Rückschläge erhält, die sich erst immer bei der Bearbeitung des Materials zeigen in Rissen und Stößen. — Auf welche praktische Art und Weise das Pulver besetzt werden soll, ist schon seit Jahren erprobt und auch im „Steinarbeiter“ ist auf diese Reform hingewiesen worden. Sie besteht darin, daß auf das Pulver ein kleinerer Besatz von weicher Beschaffenheit kommt, mozu sich lehmiger Boden, sogenannte Letze vorzüglich eignet. Dieser Besatz wird festgestampft, natürlich darf die Masse nicht zu feucht sein. Um das Pulver vor Rässe zu schützen, empfiehlt es sich, Papier auf das Pulver zu legen. Und auf diesen Besatz oder Besatz kommt dann der andere, der lose hineingeschüttet wird, und nur den Zweck hat, das Bohrlöcher auszufüllen. Tritt nun der Fall ein, daß eine Zündschnur nicht weiterbrennt, so braucht der Besatz nicht ausgebohrt werden, sondern er wird mit einem Löffel, sogenannten „Kräcker“, herausgehoben, und ist man bis zum Papier dann gelangt, wird einfach frisches Pulver aufgeschüttet und mit neuer Schnur zur Entladung gebracht. Wenn nun diese Methode des Besetzens nicht angewendet wird, so liegt es wohl daran, weil die weiche Masse nicht immer bei der Hand ist, und dann ist der Gang am Altgewohnten zu sehr einge-wurzelt! Man arbeitet lieber in dem Gedanken weiter: „Es ist schon immer so gut gegangen, Unglück kann nicht geschehen!“ Wie nun aber, wenn der Besatz so fest ist, daß er ausgebohrt werden muß? Nach den Bestimmungen der Schießvorschriften ist es verboten, „festen gebliebenen Schiffe“ auszubohren, es soll vielmehr ein neues Loch gebohrt werden. Ich vermute die Ansicht, wenn der festengebliebene Schuß so mit Wasser getränkt wird, daß Pulver und Besatz nur noch eine flüssige Masse sind, also mit Wasser nicht gespart wird, eine Entzündung nicht mehr eintreten kann. Weil

nun das Sprengpulver im Gestein erst dann eine Wirkung hat, wenn wenigstens ein Drittel des Bohrlöches mit Besatz angefüllt ist, wird mancher Kollege zweifeln, daß der circa zehn Zentimeter hohe Besatz mit der weichen, aber festgestampften Masse dieselbe Widerstandskraft haben soll, wie der stärkere Sand-Besatz. Es wird dies damit begründet, daß die weichere Masse dehbarer ist und nicht so schnell bei der Entzündung aus dem Bohrlöcher entfernt wird, wie ein harter Besatz.

Durch die Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften und der Einführung von Schießmeistern haben die Schießunfälle ohne Zweifel abgenommen; denn unsere Vorfahren haben oft sehr leichtsinnig gehandelt. Da wurde das Pulver oft im Werkzeugkasten vor dem Gebrauch aufbewahrt.

Sehr oft wurden ungewöhnliche Gegenstände zum Besetzen benutzt, schließlich auch geraucht dabei, und was sehr leichtsinnig war, man wartete die Zeit nicht ab, bis ein Bohrlöcher sich angefüllt hatte, wenn weiteres Schießen notwendig war. Alle verunglückten Kollegen hatten bis zur Einführung der Unfallverhütungsvorschriften keinen Anspruch auf eine Rente, es wurde ihnen ein Feierabend gegeben, waren auf die Wildtätigkeit anderer angewiesen und mußten ihr Leben so freieren.

Sowenig nun früher ein verunglückter Kollege einen erhebenden Anblick machte, so ist das heute auch noch. Dieses hat aber mit dem Erfolg, daß jeder Kollege, der mit Sprengarbeit zu tun hat, die nötige Vorsicht dabei beachtet. Deshalb ist der Zweck meiner Ausführungen der, äußerst strenge Maßnahmen zu empfehlen. Die Tätigkeit der Schießmeister kann in dieser Hinsicht eine Besserung herbeiführen, wenn sie genau ihr Amt versehen; wird das veräußert, so müssen sie ohne Raubden von ihren Posten entfernt werden. Doch wie nun die Verhältnisse liegen, muß ausgeprochen werden, daß auch die Schießmeister in ausgedehnten Betrieben, wo viel gesprengt wird, überlastet sind. Dort hat der Schießmeister auf die nötigen Essenspausen sehr wenig Anspruch. Denn bei Arbeitsbeginn soll er wieder im Betrieb tätig sein, aber auch seinen sonstigen Dienst gewissenhaft ausführen. Nach den Vorschriften darf der Schießmeister kein Schießmaterial an nicht geprüfte Personen abgeben, sondern er muß bei jedem Bohrlöch anwesend sein. Zum Schluß noch der Hinweis, daß auch in bezug auf Verkürzung anderer Unfälle mehr Vorsicht am Platze wäre. Ueberhängendes Gestein, die so zahlreichen Transportanlagen, die Gefährten usw. erfordern eine öftere, regelmäßige Kontrolle und der Verursacher dazu aus der Praxis ist der — Betriebsrat oder Betriebsobmann.

Die Stellung der Arbeiterschaft in Oberschlesien.

Durch die Volksabstimmung darüber, ob Oberschlesien ferner zum Deutschen Reich gehören oder an Polen fallen soll, ist in die Hände der ober-schlesischen Arbeiterschaft die Entscheidung über ihr eigenes Schicksal in die Hand gegeben worden. Abzweigen von allem anderen sollte schon dieses eine die ober-schlesische Arbeiterschaft veranlassen, sich darüber klar zu werden, was ihrer in dem einen oder den anderen Falle wartet. Da kommt vor allen Dingen der Arbeiterfrage in Frage. Gewiß, auch in Deutschland läßt die Arbeiterschaft sich nicht zurück. Die Arbeiter haben vor der Revolution in Deutschland die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei kämpfen müssen, um das durchzusetzen, was sie für recht erachtet. Es muß ferner zugegeben werden, daß auch nach der Revolution der Arbeiterfrage das noch nicht ist, was er zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft sein sollte. Aber abgesehen von allem anderen muß man auch in Betracht ziehen, welche Lasten auf dem durch die Schuld seiner früheren Machthaber in den Krieg getriebenen Deutschland liegen. Nichtsdestoweniger sind auch in dem wirtschaftlich so sehr geschwächten Deutschland noch weitere Fortschritte auf dem Gebiete des Arbeiter-Schutzes gemacht worden. Hier wollen wir nur eines hervorheben, den Arbeiter-Schutz. Wie lange und wie oft hat die organisierte Arbeiterschaft der ganzen Welt ihren Anspruch geltend gemacht und wer führte ihn zuerst erfolgreich in Deutschland. Die anderen Staaten mußten ihm auf dem Gebiete folgen, und das „bestezte“ Deutschland zwang auf diesem Gebiete den „Ergern“ seinen Willen auf.

In Polen gibt es dagegen bis jetzt noch so gut wie keine Arbeiterschutzgesetze. Kinder, Frauen und Mädchen, arbeiten dort in Fabriken. Was das bedeutet, brauchen wir an dieser Stelle nicht weiter auszu-einander-zu-sprechen. Auch zum Schutze der Hausgewerbetreibenden hat man in Polen noch nichts getan.

Daß in Polen von einem gesetzlich verankerten Betriebsrätewesen nicht die Rede sein kann, wollen wir nur nebenbei bemerken.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat man in Polen bis jetzt nur ein Krankenkassengesetz, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung gibt es in Polen noch nicht. Wir wollen diesen Versicherungs-einrichtungen, so wie sie zur Zeit in Deutschland bestehen, durch-aus keine unange-tränkten Loblieder singen; es gibt noch viel zu verbessern. Andererseits muß man doch zugeben, daß in Deutschland noch bis in die letzte Zeit hinein am Ausbau der Arbeiterversicherung gearbeitet worden ist, trotz der schweren Lasten, die der Berliner Friedens-vertrag uns auferlegt hat. Aber trotz der Unzulänglichkeiten sind die Rechte, die die Arbeiter sich an der deutschen Sozialversicherung erworben haben, doch durchaus nicht zu verachten und jeder Ober-schlesier sollte genau überlegen, ob er durch seinen Uebertritt zu Polen diese in jahrelanger Arbeit erworbenen Rechte cur's Spiel setzen will.

In Deutschland wird die organisierte Arbeiterschaft unermüdet an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen weiterarbeiten. Der Um-

stand, daß in den Gewerkschaften über 8 Millionen Arbeiter organisiert sind, bietet die beste Bürgschaft dafür. In Polen werden die Arbeiter nie zu einem maßgebenden Einfluß gelangen. Oder glaubt jemand ernstlich, daß die polnischen Gewerkschaften oder die neue polnische Gewerkschaft die Arbeiter freiwillig einen solchen Einfluß einräumen werden? Hinzu kommt noch das unheilbar zerrüttete polnische Wirtschaftsleben, das man auf polnischer Seite durch die Angleichung der Ober-schlesien ge- und zu machen hofft. Aber diese Verbindung kann auch dadurch nicht eintreten, weil in Polen alle Vorbereitungen dazu fehlen.

Aus all diesen Gründen kann den Ober-schlesier kein wohlverdienender eigener Vorteil zu feiner anderen Stellungnahme veranlassen, als bei der Volksabstimmung durch Wort und Tat dafür einzutreten, daß Ober-schlesien deutsch bleibt.

Aus den Zahlstellen.

Ramenz. Am 9. Januar tagte im Gasthof zum Kronprinz unsere Generalversammlung. Tag-ordnung: Abrechnung, Jahresbericht, Neuwahlen, Kartellbericht und Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab der Kassierer kurzen Bericht über unsere Kassenverhältnisse, die von den Revisoren als richtig befähigt wurden. Darauf wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Darauf erstattet der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im verfloffenen Jahre. Er verwies in seinen Ausführungen, daß von der Ortsverwaltung alles getan worden ist, um bei Lohnbewegungen für die Kollegen herauszuhoheln was möglich war. Er erwähnte die Kollegen, auch im neuen Jahre fest zusammenzuhalten, damit wir die kommenden Kämpfe geschloffen überleben. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die Kollegen wiedergewählt. Als Schriftführer Kollege Mittelmann. Unter Gewerkschaftliches gab der Vorsitzende Bericht über den Gang der Feuerungsanlagenforderung. Die Feuerungszulage in der Granitsteingruppe ist von 350 auf 450 Prozent festgesetzt worden. In der Schottergruppe ist eine Aufbesserung von 40 Prozent auf die Vorkordfrage und Stunden-löhne beantragt. Zum Kartellbericht gibt Kollege Mittelmann bekannt, daß eine Wahl zum Gewerbegericht nicht stattfindet, da nur eine Liste von Arbeitnehmerseite eingegangen ist. Von uns gehört Kollege Wagner als Vorsitzender dem Gewerbegericht an. Weiter wird noch beschlossen, für die streikenden Tabakarbeiter Sammel-listen, die in die Betriebe zu geben. Der Vorsitzende ersucht die Betriebs-räte, recht zahlreich an den Betriebsratetage in Ramenz, jeden Donnerstag abends 7 Uhr, teilzunehmen. Darauf Schluß der Ver-sammlung.

Wiesbaden. Am 14. Januar 1921 tagte hier eine kombinierte Stein- und Arbeiter-Versammlung. Der Vorsitzende gab hier einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Zahlstellen-Verwaltung im verfloffenen Jahre. Außer kleinen Neuzufriedenheiten kann es als befriedigend angesehen werden. Eine noch ungelöste Angelegenheit bildet die Ferienfrage. Die Arbeitgeber lehnen es ab, selbige laut Reichsarbeitsvertrag zu lösen. Daß diese Angelegenheit schon seit Dezember vorigen Jahres in der Hand unseres Gauleiters liegt, wurde den Kollegen nochmals unterbreitet. In der Angelegenheit schwebt eine Klage, um Klarheit zu bringen. Ein schöner Erfolg kann durch örtliche Verhandlungen über eine Lohnaufbesserung sämtlicher Kollegen in diesem Jahre erbeutet werden. Leider gibt es noch indifferente Kollegen hier am Orte, die dem Verband den Rücken gekehrt haben, nur der paar Pfennige Beitrag halber, die sich nötig machen durch Verbandsstaatsbeschlüsse. Diese Kollegen aber stehen ruhig und kalt in die Tasche, was ihre organisierten Kollegen durch ihren Verband zumege bringen. Mit einem Appell an alle organisierten Kollegen für dieses Jahr einmütig und fest zusammen zu stehen, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Ver-sammlung.

Aue. Am 9. Januar 1921 hielt die Zahlstelle ihre General-versammlung ab, die leidlich besucht war. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das verfloffene Jahr, es war sehr reich an Lohnbewegungen. Erzielt haben wir leider wenig und stehen anderen Verufen im Lohn noch weit zurück. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Die Kasse war von den beiden Revisoren ge-prüft und in bester Ordnung gefunden, worauf der Kassierer ent-lastet wurde. Da der bisherige Vorsitzende eine Wiederwahl ab-lehnt, wird an dessen Stelle Kollege Johann Höner gewählt und als 2. Vorsitzender Kollege Windisch. Alle anderen Vorstands-mitglieder bleiben in ihrem Amt. Kollege Rippel gibt bekannt, daß die Firma Hermann Weichhorn den Betrieb eingestellt hat mit der Begründung, es wären keine Aufträge vorhanden. Es kommen 30 Kollegen in Frage, die dadurch arbeitslos werden. Bei dieser Firma ist es nicht das erste Mal, wo die Kollegen vor oder nach den Weihnachtstagen auf die Straße gesetzt werden. Auch wenn die Kollegen eine Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse ver-langen, droht der Inhaber der Firma mit Betriebs-einstellung. Hoffentlich werden jetzt die Kollegen eine gute Lehre daraus ziehen. Eine rege Stimmung wurde fertig durch die Verschleppungspolitik der Unt-nehmer betreff unser geforderte Feuerungszulagen. Es ist auch unmöglich, mit den jetzt bezahlten Löhnen nur das zu kaufen, was man zum Leben gebraucht, Kleidung ganz unge-schlossen. Eine sehr große Schuld liegt aber an den Kollegen selbst, das Kritisieren am Arbeitsplatz nützt nichts, es muß ein jeder in die Versammlung gehen und seine Meinung kund tun, denn dort ist der Platz, wo wir unsere Interessen vertreten können. Darum Kollegen, fort mit der Gleichgültigkeit, komme jeder in die Ver-sammlung und helfe mit beraten, nur dann kann unsere Lage gehoben werden.

Material und Stil.*

Alle alten Kulturen, die Wertvolles und Dauerndes schufen, erwählten zum Bau ihrer Tempel, Grab- und Denkmäler festen Stein. In dieser Neigung zum Stein, als Ausdruck seines metaphysisch ge-richteten Willens, bekundet ein Volk seinen Charakter. Unter den geschichtlichen Völkern sind es die Ägypter, die mit einem starken Wirklich-keits-sinn zugleich einen solchen Willen zur Verewigung besaßen und die darum alles, was dauern sollte, dem härtesten und widerstandsfähigsten Material, dem Ur-gestein, anvertrauten.

Granit erscheint darum wie ein Symbol der ägyptischen Kultur. In Granit und Egerit bildeten sie den Strahl der Sonne nach. In Granit schrieben sie ihre Geschichte. Porphyrt bewahrt die Bildnisse ihrer Könige. Die Totenmale der Pharaonen sind aus dem Ur-gestein gefügt. Und das Rätsel der Sphinx leuchtet aus feurig buntem Granit. Das alles ist wie für die Ewigkeit geschaffen. Und es zeugt von höch-stem geschichtlichen Bewußtsein dieses Volkes, das seine Staatengeschichte, seine Institutionen, seine Religion und Weltanschauung für so wertvoll hielt, daß die steinernen Zeugnisse davon alle Zeit überdauern sollten.

Diese Gesinnung der Ägypter ist es, die an das Gewissen unserer Zeit rührt. Denn wie beschämend überholt sich darin unsere auch auf „Zeit“ eingesetzte Gegenwart mit ihrer durchaus ephemeren und im-provisierten Kultur, der bezeichnenderweise auch ein Ewigkeitsymbol fehlt. Denn unsere Tempel, Großmaler zielen mit ihrer impressio-nistischen Formen-sprache viel mehr auf Stimmung als auf Monumental-ität hin. Wo dornoch der Wille zu solcher einmal vorhanden ist, wie in dem Leipziger Wölfer-Platzdenkmal, da nähert sich das Ausmaß der Formen bereits in bedenklichem Grade einem Kraftmeierum, das in unserer Zeit in jeder Lebens-sphäre eine Ausbreitung bedeutet.

Stilvolles Empfinden herrsche in diesem Sinne zuletzt nur noch im Empire. Und dieses norddeutsche Empire, der Preußenstil, fühlte instinktiv die geschichtliche Analogie mit dem ägyptischen Stil heraus, die innerhalb eines bestimmten Zielbewußtseins oft über Jahrtausende hinweg einen Augerblick lang Kulturen miteinander verbindet.

Man spielte auch in Worten damit, wenn man die Kantische Philo-sophie ein granitines Fundament des deutschen Geisteslebens nannte. Bedeutum war es auch, daß die preussische Militärakademie in Granit erbaut wurde.

Die Plastik wandte sich allerdings nicht, wie das Empire damals wollte, diesem dauernden prächtigen Material zu, sondern geriet auf der Suche nach dem Land der Griechen zum italienischen Marmor. Nun ist gerade dieser Stein wie kein anderer auf die leuchtende südliche

Sonne angewiesen. Die ganze Formgebung der Antike liegt darin begründet. Man versteht sie nicht unter grauem schloffen Himmel. Im nordischen Tag, an dem sich die Sonne unter Nebel und Wolken verbirgt, leuchtet kein Marmor. Eine Oberfläche, die weniger Licht aufsaugt und nur schwach reflektiert, erhebt diesem Klima ange-messener.

Auch kann der Marmor den klimatischen Einwirkungen nicht widerstehen. Ein Denkmal, das dauern soll, muß daher in einem här-teren Gestein aufgerichtet werden. Einmal, das so gut wie Metall besteht, es an Härte und Festigkeit noch bei weitem übertrifft, ist Granit, unser nordischer Marmor, steht in der Not der Zeit auch das einzige Material, das das viel leuerere Erz ersetzt.

Dieses Material ist auch unserem Volke so wie das Eisen in die Hand gegeben. Es könnte gewissermaßen der Ausdruck einer nord-schlesischen Kultur werden, so wie es der farbige Marmor dem homerischen Volke war.

Wäre damals Thorswaldsen, der einzige Nordländer, der ein wirkliches Verhältnis zur Plastik hatte, weil sich die Wirklichkeit wie im klaren und klaren Licht in seinen Augen spiegelte, nicht der romanischen Sehnsucht verfallen, und statt nach dem Süden in seine nordischen Granitbrüche verlagert worden, vielmehr hätte er denn den Weg zu einer ganz anderen Plastik gefunden. Denn am Material entscheidet sich mit ihr Schicksal. Die Plastik steht jetzt wieder vor dieser Frage: sie muß sich entscheiden, ob sie den bequemeren Weg gehen will und in der ewigen Wiederholung des Bestehenden zu verharren oder ob sie wieder einmal an ein Ende einen neuen Anfang anzuknüpfen ver-steht. Will sie das, muß sie sich zu einer Form bekennen, die zunächst nur auf ein absolutes, rein plastisches Ziel, im Stein, auf die Steinbil-dung gerichtet ist. Und dieses Ziel muß sich verbinden mit dem in der Zeit lautwerdenden Bedürfnis, daß wir eben gerade jetzt, weil wir uns bekennen müssen, an Stätten, an deren sich der metaphy-sich gerichtete Wille zur Dauer und Verewigung kundtut, dieses Beken-nis auch nur im wertvollsten dauernden Material zum Ausdruck bringen dürfen. Im Freidhof und in der Tempelkunst, in vaterländischen Denkmälern, in Staat und Gemein-de sollte darum auch nur der „förmige“, „massig dauernde“ feste und beharrere Granit Ausdrucksmaterial sein, zugleich ein Symbol unserer eiharten Zeit, wie des nächsten, klaren, tüchtigen nordischen Tages. Am Ur-gestein soll unsere Plastik sich erproben.

„Da, da ipanne sich des Fleisches Nerve, Und beharrlich ringend unterwerfe Der Gedante sich das Element.“

Wie unserem makt gewordenen Blut Eisen nottut, so der am Muskelstalt verweidhten Plastik Granit. Welcher Stil daraus hervor-gehen mag, läßt uns ein Wort des Altmeisters Goethe ahnen, der die-ses Ur-gestein wahrhaft geliebt und verehrt hat:

„Der Künstler kann nur in einem gewissen Sinne und unter einer gewissen Bedingung das hervorbringen, was er im Sinne hat, und es wird derjenige Künstler in seiner Art immer der trefflichste sein, dessen Erfindungs- und Einbildungskraft sich gleichsam mit der Materie verbindet, in welcher er zu arbeiten hat.“

Es bleibt unserer Plastik vorbehalten, in Uebereinstimmung mit ihrem Material, dem nordischen Marmor, dem Granit, erst noch die ein-zige zu schaffen.

Democh!

Tausend verschiedenen Zielen streben die Menschen nach, auf tausend verschiedenen Wegen nach Einem, dem Glück. Und den-noch tausendfach Enttäuschung, Unbefriedigtsein, innere Leere. Das Glück läßt sich nicht zwängen in die engen Formen mensch-licher S-nderwünsche. Es läßt sich nicht zerreißten in tausend Fäden. Das Glück ist ewig und unabänderlich. Das Glück ist die Natur, die Entwicklung der Natur, das Leben im Sinne der ehernen Idee alles Werdens. Im Sinne dieser Idee zu leben, das ist das Glück. Im Sinne dieser Idee zu streben, das allein macht alle glücklich. Im proletarischen Kampfe ist geborgen das Glück.

Man beschäftigt sich auch im bürgerlichen Lager hier und dort mit geistigen Fragen und geistigen Zielen. Doch auch das ist nur ein Streben aus der Idee des Glücks. Es fehlt solchen Streben das Unbegreifliche. Die Idee alles Werdens muß der Mensch in seinem Ich tragen. Er muß in sich fühligen die Gemeinschaftsidee. Das Ziel muß er ersehen als Gemeinschaftsziel.

Not und Entbehrung hat das proletarische Volk zu erdulden. Es fehlt ihm oft an dem bescheidensten Menschenrecht. Und doch: das, was der Proletarier bei seinem Ringen in sich fühlt, das ist das Glück. Für eine Idee zu leben, für die Idee, die Mensch-heitsidee, das ist die natürliche Glücksfülle der Menschendruft. Und wenn das äußere Glück auch noch so fern: das Proletariat er-lebt das Schicksal so mancher Großen, der erfahren mußte, daß für das Glück zu leiden im Heute zum Glück gehört.

Das soll nicht heißen, alles zu erdulden und den kapitalistischen Fuch auf dem Raden zu ertragen. Nein: Kampf ist das Glück. Aber wenn gleich ein Kampf zum Leiden zwingt, dann wird auch dieses Leiden als Glück ertragen: Dennoch! Trost alle-mal! — Nur eine große Seele kann verstehen, wach eine über-reiche Menschengröße aus dem Proletariat heraus in die neue Menschheit hinein zu wachsen beginnt.

* Aus der Zeit-schrift „Die Plastik“ (Verlag: München, Lindendstraße 2).

Leipzig. Am 11. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Der neue Vorstand, Kollege Ernst Winkler, stellte sich vor und wünschte, daß die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und der Zahlstelle Leipzig auch weiterhin so gut bleiben möchte, wie bisher. Darauf folgte ein kurzer Jahresbericht des Vorstandes. Es sind 8 Kollegen gestorben, Mitglieder waren zu Anfang des Jahres 1922, am Ende 126 inkl. Marmorarbeiter. Der Stundenlohn ist von 8.40 M. auf 6.40 M., der Zuschlag auf den Akkordtarif von 240 Prozent auf 530 Prozent erhöht worden, für Marmorarbeiter von 3.25 M. auf 6.25 M., für Schleifer von 3.10 M. auf 6.10 M. Tarifverhandlungen haben 6 stattgefunden, einmal wurde in Streit getreten, der nach vier Wochen abgebrochen wurde. Dem Bericht des Kassierers war eine Einnahme von 16 690.70 M., eine Ausgabe von 9888.75 M., so daß ein Bestand von 6851.95 M. verblieb. Auf Antrag wurde der Gesamtvorstand entlastet. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab Kollegen Frick, 1. Vorsitzender, Heinrich Pilsch, 2. Vorsitzender, Hermann Quack, Kassierer, Paul Pannicke, Schriftführer, Richard Kahlmann und Alfred Morgenstern, Beisitzer. Die Revisoren wurden wieder gewählt. Im 3. Punkt: Lohnbewegung, setzte eine lebhafteste Debatte ein, in der zum Ausdruck gebracht wurde, an den gestellten Forderungen vom 14. Dezember 1920 festzuhalten. Auf das schärfste wurde das Schreiben der Zahlstelle Dresden beurteilt, sowie die Stellung der Zahlstellen Wismar und Wlaven. In der Anknüpfung wurden 10 Pfennig pro Tag rückwirkend ab 16. Oktober 1920 bis 1. Februar 1921 gefordert. Ab 1. Februar 1921 haben die Unternehmer sämtliches Werkzeug zu stellen, wozu auch Knüppel, Beilen, Schmiege und Meißelsteine gehören. Für die Kollegen Bertolte und Hermendorf wurde ein Weihnachtsgeschenk von 75 M. gewährt.

Causterbach. Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung im Gasthaus Hagerberg statt. Verhinderter Kollege Müller gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Vorstandschaft im verflochtenen Jahre. Sodann wurde der Kassierbericht gegeben, der vom Kollegen Keil als richtig bestätigt wurde, so daß dem Kassierer die beantragte Entlastung einstimmig erteilt wurde. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Eine lebhafteste Aussprache wurde über den am 1. Februar in Kraft tretenden neuen Tarifvertrag geführt und wurde allseitig gewünscht, daß er auch in der geforderten Form durchgeführt wird. Am 24. Januar findet in Frankfurt a. M. mit den Unternehmern Verhandlung über den neuen Tarif statt. Kollege Keil wurde als Delegierter zu der Verhandlung bestimmt. Es wurden ihm einige Richtlinien mitgegeben, welche die berechtigste Forderung begründen. Zu Punkt 3. verschiedenes wurde beschlossen, daß ab 1. Februar der Gehaltsbeitrag auf 20 Pf. erhöht wird. Erdann entspann sich eine lebhafteste Debatte über verschiedene Betriebsangelegenheiten. Der Betriebsrat wurde aufgefordert, bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden, daß die berechtigten Forderungen durchgeführt werden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Müller die Kollegen auf, treu zur Organisation zu halten, daß wir auch im neuen Kampfsjahre geschlossen zum Verbande stehen.

Bernburg. Am 9. Januar 1921 fand unsere Generalversammlung im Gasthaus zur Laube in Nüßbau statt. Zu Punkt 1 gab Kassierer Fabel den Kassierbericht; es wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Paul Kaufmann, 2. Vorsitzender Paul Ludwig, Kassierer Paul Fabel, zu Revisoren wurden Herrn Richter und Wilhelm Heinecke gewählt. Zum Punkt 3. verschiedenes stellte der Kassierer den Antrag, für das Denkmal unseres verstorbenen Vorstandsvorsitzenden Staudinger 50 Mark zu bewilligen, was einstimmig Annahme fand. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Halsk. Am 13. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Emil Bulling aus Bismarck durch Erben von den Plätzen geehrt. Der Vorsitzende, als gleichzeitiger Kassierer, gab den Kassierbericht vom 4. Quartal, die Revisoren erklärten, die Abrechnung geprüft und für richtig befunden zu haben, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt werden konnte. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab, daß Vorstand, dessen Stellvertreter, der Kassierer und Schriftführer einstimmig wiedergewählt wurden. Als Stellvertreter der Schriftführer koll Otto Schäfer. Den Revisoren wurde Koll. Paul Freudenberg aus Reichersbach an Stelle des Kollegen Paul Wolf durch die Wahl zugeführt. Auf Antrag des Kollegen Johann Meda wurde dem Kassierer eine Aufbesserung der Verwaltungskosten von 100 Prozent aus der Lokalkasse bewilligt. Unter den Kollegen fand lebhafteste Aussprache über Putzer-, sowie Spellerlöhne in den einigen Betrieben neu in Arbeit gehebenden Betrieben statt, weil die Unternehmer es verweigert hatten, die Bezahlung nicht nach Tarif vorzunehmen. Bei der Firma Friedrich Rietischer forderten die Betriebsräte einen Zuschlag der Löhne für schmale Bossierkeine, was auch zu einer Einigung führte. Die Versammlung beschloß, am 1. Mai eine große Demonstration abzuhalten, wozu 1 bis 2 Rekruten zugezogen werden sollen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen nochmals ermahnte, jede Versammlung zu besuchen, fand die heutige ihren Abschluß.

Cousterden. Die Jahreshilfe hielt am 16. Januar 1921 ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: Kassierbericht vom vierten Quartal und Neuwahl der Vorstandschaft. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Präsenzliste der einzelnen Betriebe festgestellt, woraus sich ergab, daß von der Zahlstelle von 248 Mitgliedern 60 anwesend waren. Der Vorsitzende gedachte dann auch des verstorbenen Vorsitzenden Carl Legien des Deutschen Gewerkschaftsbundes; zum Zeichen der Trauer erhob sich die Versammlung von ihren Sitzen. Es wurde dann in die Tagesordnung eingetreten. Kassierer Kollege Hornung gab den Kassierbericht, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender August Dreier, zu gleicher Zeit auch als Schriftführer; Stellvertreter Ludwig Becker, zum Kassierer der seitherige, zum 2. Schriftführer Otto Kehler, und als Revisoren die bisherigen. Zum Schluß erwidelte sich noch eine Diskussion über berufliche und gewerkschaftliche Fragen, womit die Versammlung nach einem Schlußwort des Vorsitzenden ihr Ende erreicht hatte.

Wain. Am 12. Januar tagte im Verbandlokale „Rosened“ unsere Generalversammlung, die zahlreich besucht war. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß die Arbeitslosigkeit für Steinmehnen günstig war, während die Marmorarbeiter längere Zeit mit Kurzarbeit zu rechnen hatten. Aber trotz mancher Schwierigkeiten gelang es der Geschäftsführung der Kollegen, die Löhne der fortgesetzten steigenden Lebenshaltung anzupassen. Lohn für Steinmehnen beträgt zur Zeit 6.00 Mark und für Marmorarbeiter 6.70 Mark. Auch der Kassierstand hat sich günstig entwickelt und ist von 544.82 Mark bei Beginn des Berichtsjahres auf 1771.53 Mark gestiegen, bei einem Mitgliederstand von 66 Kollegen. Die Versammlung war mit der Geschäftsführung des Vorstandes einverstanden und wurde dem Gesamtvorstande Entlastung erteilt. Hierauf wurde der alte Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Rob. Korn, welcher eingehend über die geplante „Aktion der Kinderhilfe“ berichtete. Eine vorgenommene Sammlung ergab den Betrag von 170 Mark und die Kollegen haben damit gezeigt, daß sie Herz und Verständnis für das Elend der Armen haben. Im Punkt 3. verschiedenes wurde der Antrag des Vorsitzenden, die Beitragsleistung rückwirkend vom 1. Januar auf 4 Mark zu erhöhen, einstimmig angenommen. Eine längere Debatte entspann sich darüber, ob die Betonarbeiter für die „Bauhütte“ im Akkord oder Stundenlohn ausgeführt werden sollen. Man entschied sich für das letztere. Bei dieser Gelegenheit wurde manches treffende Wort über Aufbau der Arbeitskraft, dem einzigen Gute des Arbeiters, gesprochen. Ferner wurden zur Konferenz nach Frankfurt die Kollegen Großmann und Knapp bestimmt. Nach einer Besprechung der Marmorarbeiter über Regelung der Arbeitszeit bei Kurzarbeit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hersheim. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zum ersten Punkt gab Kollege Joseph Hejner einen Bericht von der Bezirkskonferenz in Würzburg. Den Ausführungen Hejners wurde im Allgemeinen zugestimmt. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung bekannt. Bücher und Kasse wurden in Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender August Wolf, zweiter Karl Wind neu und der Kassierer wiedergewählt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, im

Interesse einer geordneten Geschäftsführung die Beiträge pünktlich zu bezahlen. Ferner wurde auf Antrag des Vorsitzenden einstimmig beschlossen, zur Errichtung eines Denkmals für unseren verstorbenen Vorsitzenden Alois Staudinger eine Sammlung vorzunehmen.

Bobenhausen. Am 16. Januar 1921 fand bei Gastwirt Heinrich Hirtel in Oberberg unsere Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Kassierer Heinrich Krahl gab den Kassierbericht. Seine muster-gültige Kassierführung und zuverlässige Verbandsfähigkeit wurde allseitig anerkannt und ihm einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden als erster Vorsitzender, Sebastian Wacker, als zweiter Otto Schüller neu, als Kassierer Heinrich Krahl wiedergewählt. Die Entwicklung der Zahlstelle berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft. Die Mitgliederzahl ist erheblich gestiegen. Das Interesse am Verbandsleben wächst bei den einzelnen mehr und mehr.

Neustadt a. d. S. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Kollege Künigler gab den Kassierbericht vom vierten Quartal. Kasse und Bücher sind in bester Ordnung, wofür der Kassierer entlastet wird. Für die Lokalkasse sind 130.09 M. Einnahme und 54.19 M. Ausgaben, somit Kassierbestand 75.90 M. Bei der Neuwahl wurde als Vorsitzender Georg Fröhner, als Kassierer August Künigler gewählt. Betreibe Versammlung mit dem Bauarbeiterverband sind die Kollegen im Prinzip dafür.

Chöberg. Am Sonntag, dem 16. Januar, fand in der Wirtschaft Thierbach eine Versammlung statt, die besser hätte besucht sein können. Bezirksleiter Gras-Nemmelbach gab ausführlichen Bericht über die am 11. Januar in Landstuhl stattgehabte Lohnbewegung, die uns eine 5- bzw. 10-prozentige Lohnaufbesserung und eine Kinderzulage von 20 Pfennig pro Stunde gebracht hat. Gefordert war: 25 bzw. 30 Prozent. Zum Schluß hielt Kollege Gras einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage und sende allgemeinen Beifall dar. Den Hilfskassierern wird es zur Pflicht gemacht, mehr wie bisher für den Versammlungsbesuch zu agitieren.

**Am
20. Februar Wahl in
Preußen!**

Durch Stimmzettel soll am kommenden Sonntag die Zusammensetzung des Landesparlamentes im größten Volksstaat der Deutschen Republik erfolgen. Kein Verbandsmitglied, ob männlich oder weiblich, versäume seine Staatsbürgerpflicht. Keine Arbeiterstimme den Vertretern bürgerlicher Parteien. Die Entwicklung in Bayern zeigt, daß sie alle reaktionär sind! Die Wahl in Preußen hat größere politische Bedeutung als wie es oberflächlich betrachtet, den Anschein hat. Jeder Kollege und jede Kollegin hat die Pflicht, säumige Arbeitskollegen aufzurütteln und dafür zu sorgen, daß nur Arbeitervertreter ins Parlament gelangen, die sozialistisch denken, fühlen und handeln!

Nüßfeld. Am 9. Januar fand im Gasthaus zum frühlichen Mann unsere Generalversammlung statt. Der Besuch war ein höchster. Der Kassierer gab den Kassierbericht, wofür ihm alle Anerkennung zuteil wurde. Bei der Neuwahl wurden gewählt als Vorsitzender Florian Schmitt, Kassierer Josef König. Im verschiedenes wurde die schleppende Lohnbewegung kritisiert; denn eine Forderung von 30 Pfennig pro Stunde bei unserem niedrigen Stundenlohn muß als sehr minimal bezeichnet werden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Wengert die Kollegen auf, treu zur Organisation zu halten, damit es gelingt, unsere Lohnverhältnisse den der Bauarbeiter gleichzustellen!

Nieder-Ramstadt. Am 16. Januar tagte unsere Generalversammlung. Zum ersten Punkt gab Kassierer Schmidt den Kassierbericht bekannt. Kasse und Bücher wurden in Ordnung befunden und der Kassierer entlastet. Bei der Vorstandswahl wurden Vorsitzender und Kassierer wiedergewählt; als Kartelldelegierte Adam Schmidt und Jakob Geremann. Einem Antrag für Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband wurde einstimmig zugestimmt.

Heppenheim. In der am 15. Januar stattgefundenen Generalversammlung stand neben einigen lokalen Angelegenheiten die Lohn- und Arbeitsfrage auf der Tagesordnung. Zum ersten Punkt gab der Kassierer die Abrechnung, die als richtig befunden wurde. Der Kassierer konnte dank der gewissenhaften Führung seines Postens entlastet werden. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Im Punkt Lohnbewegung ging aus der Diskussion hervor, daß die Kollegen der Ansicht sind, daß die eingehende Arbeitszeitverkürzung nur ein Druck des Unternehmers ist, um die Teuerungszulage zu umgehen. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses in Darmstadt, wobei die Arbeiter nichts erhalten sollten, wurde angelehnt. Bei den Verhandlungen spielten die Unternehmer den „Wolf im Schafspelz“. Sie erklärten, wenn sie verurteilt würden, die Teuerungszulage doch nicht bezahlen zu können, weil sie fortwährend mit Verlust arbeiten müßten. Auf die Einwendungen unseres Kollegen, wogegen die Unternehmer das Geld haben zum fortwährenden „Zurück“, herrschte allgemeines Stillschweigen. Weiter erklärten die Unternehmer, daß sie es einsehen, daß die Arbeiter von dem Lohn nicht mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten können und bei größeren Aufträgen die Teuerungszulage bezahlen wollen. Die Kollegen sind nun der Auffassung, daß es nur ein Mittel gibt, und das ist, die Betriebe den Rücken zu kehren.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie. Eine Granitbildhauerschule in Wunsiedel wird nach einer Mitteilung im „Steinbildhauer“ am 4. April eröffnet. Dem Amtsdirektor dieser Schule gehören u. a. an Reg.-Rat Bez.-Amtmann Brunner, 1. Bürgermeister Schippel, Prof. Klee aus Selb und Direktor Wölkel der Vereinigten Fichtelgebirgs-Granit-, Eger- und Marmorwerke. Die Schule hat es sich zur Aufgabe gemacht, besonders befähigten jungen Steinmehnen die Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten zu vermitteln, die nötig sind, um sich zu tüchtigen Granitbildhauern heranzubilden. Der Schule wird von Fachleuten eine große Zukunft vorausgesagt. Auch wir wünschen ihr eine günstige Entwicklung. Möge sie zur Hebung der Granitindustrie beitragen.

Ein gewalttätiger Mensch scheint der Steinbruchbesitzer Hans Rütch in Hemsbach zu sein. Der Kollege Josef Eberl stand bei ihm in Arbeit und hatte das Unglück, daß ihm beim Abprägen an einem Werkstück eine Scharte von 2 Zentimeter Tiefe und 10 bis 15 Zentimeter Länge in der hinteren Fugenkante, die nicht sichtbar war, zurückblieb. Herr Rütch stellte daraufhin Eberl in barischem Ton zur Rede, worauf ihm dieser zur Antwort

gab, wenn er das Stück nicht brauchen könne, verlange er auch keine Bezahlung. Es entstand dann ein weiterer Wortwechsel, worauf Herr Rütch das Recht zur Hand nahm und Eberl derart ins Gesicht schlug, daß er blutüberströmt zum Arzt mußte. Längere Zeit war Eberl arbeitsunfähig. Er verlangte dafür auf gutem Wege Entschädigung, eine Einigung schloßte aber an dem Widerstand des Herrn Rütch. Das Schöffengericht in Weisheim mußte sich erst mit dieser Angelegenheit befassen, Herr Rütch wollte in Notwehr gehandelt haben. Das Gericht aber war anderer Meinung und verurteilte ihm zu 100 M. Geldstrafe ev. zu 10 Tagen Gefängnis sowie zur Tragung sämtlicher Kosten. — Nicht genug, daß die Steinarbeiter zu erbärmlichen Löhnen arbeiten müssen, sie sollen dazu noch verprügelt werden. Die bei dem Bruchhelfen beschäftigten Kollegen werden wohl ihre Konsequenzen ziehen.

Gewerkschaftliches. Die am Baugewerbe interessierten Verbände, wie Bauarbeiter, Zimmerer, Töpfer, Maler, Maschinenisten und Heizer, Steinarbeiter, Steinseher, Technische Angestellten, Christl. Bauarbeiterverband, Fabrikarbeiter, Dachdecker, Holzarbeiter, Polierbund, Soziale Baubetriebe haben in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund der Reichsregierung eine Entschließung unterbreitet, die folgende 6 Punkte in eingehender und dringlicher Begründung enthält:

1. die Reichsregierung zu verpflichten, durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des Baufachmangels auf dem Verordnungswege zu treffen und zu diesem Zwecke, vorbehaltlich späterer Deckung, Mittel bis zum Betrage von 500 Millionen Mark zu bewilligen;
2. der Reichsregierung Mittel im Betrag bis zu 500 Millionen Mark zur Unterstützung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind, den Bau von Wohnungen zu verbilligen und zu beschleunigen;
3. die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend einen Gehörtwurf vorzulegen, der die Finanzierungen des Wohnungsbaues auf eine dauernd gesicherte Grundlage stellt;
4. die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Länder dahin einzuwirken, daß die verlorenen Kaufpreiszuschüsse in erster Linie dem Bau von Wohnungen im Flachbau mit Gärten für die minderbemittelte Bevölkerung zugeführt werden;
5. die Reichsregierung zu ersuchen, unter Ausschaltung des bürokratischen Instanzenzuges für schnelle Durchführung des diesjährigen Bauprogramms Sorge zu tragen;
6. die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend einen Gehörtwurf vorzulegen, der die Heberführung des gesamten Bau- und Wohnungswesens in die Gemeinwirtschaft versieht.

Es wurde in der Begründung auch darauf hingewiesen, daß die von der Allgemeinheit ausgedachten Mittel zum Wohnungsbau vor der Ausrunderung durch das Privatkapital zu schützen sind, was nur möglich ist, wenn das gesamte Bau- und Wohnungswesen in die Gemeinwirtschaft überführt wird.

Von polnischen Sozialisten wird zur Abstimmung in Oberhessen unter der deutschen Arbeiterkassette ein Flugblatt verbreitet, in dem unter Verbreitung der tatsächlichen früheren und jetzigen Verhältnisse in Oberhessen folgende hanbüchene Sätze vorkommen: „Derjenigen Oberhessen, welche nach dem Westen ausgewandert sind, haben an dem ferneren Schicksal Oberhessens kein Interesse und somit kein moralisches Recht zur Abstimmung... Wir rufen Euch zu: Fallt uns nicht in den Rücken! Bleibt der Abstimmung fern, kommt nicht nach Oberhessen, laßt uns allein unsere Zukunft und unser Glück schmieden!...“ Dilem Gehörtwurf wird kein deutscher Arbeiter, ja fern er einigermassen erfährt hat, was der Verlust Oberhessens für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet, Beachtung schenken. Aber es ist wert, in der Zukunft nicht vergessen zu werden.

Eine Metallarbeiter-Reichskonferenz berufen Ende Februar die Drahtzieher der „kommunistischen Metallarbeiter Berlins“. Die Begründung zur Einberufung hat die jastigam bekannnten Unwahrheiten von Spaltungsbeschlüssen des Vorstandes u. m. aufzuweisen. In einem Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes wendet sich der Verbandsvorstand gegen die Wort-, Wohlweis- und Begriffsverdreher und zeigt die Folgen auf, die solche Mißbräuche zeitigen. Es ist in der Tat ein Beginn von jerer Seite, die den schärfsten Widerspruch auch von der Mehrzahl der Metallarbeiter erheben wird. Auf einer Beiratskonferenz im Januar erklärte der Kommunist Engelle-Etting, daß in seiner Partei viele Leute sind, die keine Ahnung von der Gewerkschaftsbewegung haben, er bezeichnete es „als die größte Dummheit seines Lebens, daß er sich habe bewegen lassen, Verbandsfunktionär zu werden. Die Außerarbeit werde erachtet, besonders von den Unionsisten, so daß man alle Luft verliere. Eine Verdrängung der jetzigen Funktionäre durch beständiges Herunterreißen und Beschimpfen darf nicht erfolgen. Wir wollen auch nicht Kulis der Partei werden...“ Es gibt auch noch Einseitige unter den Kommunisten, die von der unentwegten Arbeit ihrer Partei mittlerweile genug bekommen.

Unter dem Namen „Das Schlichtungswesen“ wird monatlich ab 15. Januar 1921 in Stuttgart eine Zeitschrift herausgegeben, die es sich zur Aufgabe macht, ihre Leser durch gemeinverständliche Abhandlungen aus fachmännischer Feder über wichtige Fragen des Schlichtungswesens, sowie durch Veröffentlichung sämtlicher Einlassungen und Entschreibungen der Schlichtungsausschüsse von grundsätzlicher Bedeutung über die Spruchpraxis der Schlichtungsbehörden aufzuklären. Die Zeitschrift will dadurch jedem Interessenten ein wertvolles Mittel an die Hand geben, sich über die etragigen Ausichten einer Streitigkeit vor dem Schlichtungsausschluß selbst zu unterrichten, und kann bei jeder Postanstalt zum Preise von 6 M. für das Vierteljahr bezogen werden.

Soziales. Die Nachtarbeit der Frau dürfte nirgends mehr in der Welt möglich sein, nachdem der große Schaden der Nachtarbeit nun einmal erdichtlich festgestellt ist. Demnach zeigt eine neue Statistik aus Norwegen über die Arbeitszeit und die Nachtarbeit der Frauen in Fabriken, Bauunternehmungen, Lagern und Transportbetrieben wie in der Steinindustrie, daß noch Tausende von Frauen Nachtarbeit verrichten müssen. Die überwiegende Mehrzahl der Frauen sind unverheiratet.

Not und Ueberfluß. Das Reichsarbeitsblatt bringt eine Arbeit „Sozialpolitisches aus dem Auslande“. Danach besteht nach Einbringung der neuen Schur ein derartiger Ueberfluß an Wolle in den Produktionsländern der Welt, daß zwei bis drei Jahre dazu nötig werden, ihn aufzugebrauchen. Die Konferenz der Baumwollpflanzer, Händler und Bankiers des südlichen Teiles der Vereinigten Staaten hat deshalb beschlossen, die nächste Baumwollenernte durch Verminderung der Anbaufläche um 50 v. H. herabzusetzen. Die Weigerung der amerikanischen Banken, weitere Vorkäufe auf Getreide und Baumwolle zu gewähren, hatte umfangreiche Liquidationsverkäufe von Weizen zur Folge. Dadurch ereignete sich allein im Oktober 1923 Bankrotte mit Verlusten von 39 Millionen Dollar. Und während drüben vor Ueberfluß alles zugrunde geht, hungern wir. Das ist die „Ordnung“ der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Lage der deutschen Arbeiterschaft in englischer Beleuchtung. Ein englischer Schriftsteller, Lewis Dainson, berichtet in der englischen Zeitschrift „The Nation“ (4. Dezember) auf Grund eigener Erfahrungen über die Lage der deutschen Arbeiterschaft. Er führt aus, daß der Wohlstand eines Landes nur durch den Stand der Lebensführung festzustellen ist, und an diesem Maßstabe gemessen, ist Deutschlands Lage verarmt. Die deutschen Arbeiter leben in einer fürchterlichen Armut. Ihre Löhne stiegen durchgängig auf das Sechsfache des Vorkrieges, die Preise aber weitgenugs auf das Dreifache. Von den Löhnen können sie nicht leben. Eine Familie braucht wenigstens 19 000 M., um auskömmlich davon zu leben; nicht einmal zehn Prozent der Berliner Arbeiterschaft bezieht jedoch so hohe Löhne. Unlängst ist eine ganze Menge Spielwaren aus Deutschland nach England eingeführt worden. Die Spielwaren kamen von Thüringen. Ein Bericht aus Thüringen stellt fest, daß in diesem Lande Milch überhaupt nicht zu haben war, nicht einmal für stillende Mütter und Kinder. Zehntausende halten wochenlang nichts zu essen außer Gemüse. Nach dem Berichte werde eine große Anzahl der Kinder mehr gesund werden. Wenn die Engländer jetzt die Einfuhr der Spielwaren verhindern, wenn sie es zu tun beabsichtigen, dann werden die Zustände noch schlimmer. Dainson bespricht dann die traurige Lage der Mittelklasse, der festbeholdeten Beamten und der wissenschaftlichen

Arbeiter. Er warnt davor, daß die deutschen Zustände nach den Berliner Kurzhilfen, Theatern und Konzerten beurteilt werden. Das ist nicht entscheidend. Die Frage ist, wie die Massen leben.

Genossenschaftliches. Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg, in Volkstreffen kurz GEG genannt, besteht nunmehr 27 Jahre und hat während dieser Zeit ihres Bestehens planmäßige, fruchtbringende Arbeit dadurch geleistet, daß sie den deutschen Konsumgenossenschaften und den ihnen angeschlossenen Verbrauchern für weit über 3 Milliarden Mark Waren in einwandfreier Beschaffenheit zu angemessenen Preisen lieferte. Davon ist ein nicht geringer Teil in ihren eigenen Fabriken mit erstklassigen hygienischen Einrichtungen und unter vorbildlichen Arbeitsbedingungen hergestellt worden.

Etwa 1 Milliarde und 300 Millionen Mark wird der Umsatz der GEG im Jahre 1920 betragen, wovon allein für mehr als 180 Millionen Mark Waren in den eigenen Fabriken hergestellt wurden. Die GEG unterhält zur Zeit außer ihrer Zentrale und mehreren Lagern in Hamburg noch Niederlassungen mit eigenen Lagern in Gröba (Sachsen), Berlin, Breslau, Düsseldorf, Nürnberg und Mannheim. Weitere Niederlassungen sind in Vorbereitung für Stuttgart und Königsberg. Sie unterhält ferner 2 Seifenfabriken, 3 Zigarrenfabriken, 1 Kautschukfabrik, 1 Fabrik für Tabakfabrikate, 1 Zigarettenfabrik, 1 Zigarrenwarenfabrik, 1 Zündholzfabrik, 1 Riffenfabrik, 1 Weberei, 1 Lederwaren- und Schokoladenfabrik, 1 Fabrik für Möbel, Kontor- und Badeneinrichtungen, 1 Bürstenfabrik, 1 Torfmooresaubermittel, 1 Kaffeegroßrösterei, 1 Gerwärmühle nebst einer Reihe von Veredlungsbetrieben, Pastereien usw.

In Vorbereitung sind: die Errichtung einer Handelszentrale in Chemnitz und einer Fischindustrie in Altona mit Käuherei, Braterei und Wärmieranlage. Die Errichtung weiterer Produktionsbetriebe war zu einem wesentlichen Teile bereits vor dem Kriege geplant und soll mit aller Energie in die Wege geleitet werden, sobald die Möglichkeiten, besonders bezüglich des Bauers, gegeben sind. Die Leitung der GEG widmet ständig dem Ausbau und der Ausdehnung der Eigenproduktion ihre ganz besondere Aufmerksamkeit.

Zur Erfüllung ihrer, für die Verbraucher so ungemein wichtigen Aufgaben bedarf die GEG aber heute mehr denn je ganz bedeutender Mittel. Deshalb legt sie jetzt eine Obligationsanleihe zur Zeichnung auf, die mit 5 1/2 Prozent im Jahr verzinst wird und die in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10 000 Mark zu haben ist. Allen Genossenschaftlern und Gewerkschaftlern, die dazu irgendwie in der Lage sind, empfehlen wir dringend die Zeichnung dieser Anleihe. Sie ist eine gute und sichere Kapitalanlage. Außerdem erweist man der organisierten Verbraucherfront und damit sich selbst den besten Dienst, wenn man den Konsumverein der Konsumvereine unterstützt, weil damit auch die für die Verbraucher so überaus wichtigen Bestrebungen seitens der GEG gefördert werden.

Gedruckte Bedingungen nebst Zeichnungsscheinen sind in den Konsumvereinen erhältlich, werden aber auf Wunsch auch direkt von der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg 1, Beierbinderhof 52, zugewandt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wiederaufnahme von Unionisten. In letzter Zeit ist es häufig vorgekommen, daß einzelne zu den Unionisten gelaufene Steinarbeiter zur Berufsorganisation zurückkehren. Verschiedene Zahlstellen haben deshalb um Anleitung ersucht, wie in solchen Fällen zu verfahren ist. Der Vorstand hat deshalb beschlossen:

Die Wiederaufnahme der Unionisten kann im allgemeinen unter Anrechnung und Umrechnung der bei der Union geleisteten Beiträge und damit auch unter Anrechnung der früher bei uns geleisteten Beiträge erfolgen, sofern eine weitere Unterbrechung der Mitgliedschaft nicht vorgelegen hat.

Besondere Fälle, in denen Personen in Betracht kommen, die unter dem Verband mit unlauteren Mitteln bekämpft haben, sind von Fall zu Fall von der Ortsverwaltung zu prüfen und dem Zentralvorstand zur Bestätigung der Wiederaufnahme zu überweisen.

Die Umrechnung und Ausfertigung der Mitgliedslegitimation (Karte oder Buch) erfolgt in der Zentralstelle, genau wie bei allen anderen Uebertritten.

Einige Zahlstellen senden überflüssigerweise die alten Mitgliedsbücher der Kollegen ein. Abgesehen davon, daß es ganz zwecklose Portoaufgaben sind, will doch jedes Mitglied sein altes Buch behalten, auch dann, wenn seine Leistung im neuen Buch übertragen ist. Der Vorstand ersucht, die Bücher nicht einzusenden.

Steinarbeiter-Einlage. Der Steinarbeiterentwurf Nr. 8 lag ein Fragebogen und ein Rundschreiben bei für die Zahlstellenverwaltung. Die Vorstehenden mögen sich beides vom Steinarbeiterempfänger ausständig lassen und für pünktliche Rücksendung des Fragebogens Sorge tragen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Strehlen. In der Quittung in Nr. 6 ist durch ein Versehen des örtlichen Kassierers die Zahlstelle Kamenz mit 100 Mark und die Zahlstelle Königsbrück mit 30 Mark ausgelassen. In der Endsumme jedoch nicht. Die Zahlstelle Jannowitz hat außerdem am 7. Februar 1921 noch eine zweite Rate gesandt von 94 Mark. Damit ist die Gesamtsumme auf 3256,65 Mark gestiegen.

Arnsdorf. D. L. In Nr. 6 stand an dieser Stelle eine Verwarnung gegen mich, sie soll begründet sein auf einen Versammlungsbeschluss, den ich vorläufig noch angehefte, denn er ist auf falsche Information zustande gekommen. Gegen den Verband habe ich noch nie gearbeitet, eher dafür. Nur kämpfe ich gegen Personen der Arnsdorfer Leitung, die sich anmaßen, den Verband allein darzustellen und die nicht im Interesse der Allgemeinheit wirken. Beweise dafür sind vorhanden. Darüber wird noch zu reden sein, und zwar an der Stelle, wo es angebracht ist, also meine freie Meinungsäußerung lasse ich mir durch keine Drohung beeinflussen. Paul Neumann.

Berlin. Alle Kollegen, die am 14. Februar bereits 4 Wochen arbeitslos oder krank sind (ab 17. Januar) erhalten von der Zahlstelle eine Sonderunterstützung von 40 bzw. 50 M. Das Verbandsbuch ist bei Abgebung vorzulegen. Die Ortsverwaltung.

Neusorg. Quittung. Für den abgebrannten Kollegen Bachmann gingen folgende Beträge ein:

- Seuffen 100.—, Kirchenamt 50.—, Hof a. S. 40.—, Metten 25.—, Kaiserhammer 50.—, Gefres 78,20, Aunkirchen 127.—, Bayreuth 58.—, Selb 100.—, Wunfibel 25.—, Markluthen 20.—, Schwarzengbach 50.—, Büchberg 50.—, Bernsd 50.—, Blaubeurg 75,80, Augsburg 60,80, Köditz b. Hof 64.—, Weißenstadt 80.—, Großlattengrün 54.— M. Summa 1157,80 Mark.

Dieser Betrag wurde dem Kollegen überwiesen; wir sprechen den Zahlstellen für ihre Opferwilligkeit den herzlichsten Dank aus, auch im Namen des Kollegen Bachmann. Zahlstelle Neusorg.

5. Gau: Bezirkskonferenz für den Westerwald und mittlere Lahn. Sonntag, den 27. Februar, in Westerburg, Restaurant Büchler, 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht des Bezirksleiters. 2. Agitation. 3. Beitragszahlung nach dem Statut. 4. Unlere Tarife. 5. Gründung einer Bezirksklasse. 6. Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband. 7. Verschiedenes. Es ist Pflicht jeder Zahlstelle, Vertreter zu sein. Die Kosten der Delegation entfallen bei Gründung einer Bezirksklasse der Bezirksklasse zu. Gust. Herrmann, Bezirksleiter.

6. Gau. Schotter- und Pflastersteinarbeiter Mittel- und Südbadens. Sonntag, den 27. Februar 1921, vormittags 11 Uhr. Bezirkskonferenz im Lokal Brauerei Prinz, Klosterstraße in Offenburg. Tagesordnung: 1. Unlere Lohn- und Tarifabschlüsse im Jahre 1919 und 1920 und ihre Lehren. 2. Die Art und der Umfang der Delegationen zu den Lohn- und Tarifverhandlungen. 3. Agitation. 4. Verschiedenes. Zahlstellen bis zu 100 Mitglieder haben einen, mit über 100 Mitgliedern zwei Vertreter zu entsenden. Die Delegationskosten werden von den Zahlstellen selbst getragen. Es ist Pflicht jeder Zahlstelle der genannten Berufsgruppen, sich an der Konferenz zu beteiligen. Die Gauleitung. Frz. Sorjert.

Briefkasten.

Achtung, Kollegen! Die Schriftleitung benötigt in einer Broschüre dringend die Adresse des Geschäftsführers Herrn Heidenreich, bis im verfloßenen Jahre in Schlesien tätig. Kann uns diese jemand übermitteln? Im voraus Dank.

Schriftführer und Adressenliste! Beachtet bitte bei Einsendungen für den „Steinarbeiter“:

1. Beschreibe niemals beide Seiten.
 2. Schreibe nicht mit Bleistift.
 3. Kürze keine Worte, sondern schreibe jedes Wort vollständig aus.
 4. Korrigiere keine Worte, sondern streiche Falsches aus und setze das Richtige daneben oder darüber.
 5. Nimm nicht zu große Bogen.
 6. Schreibe die Zeilen nicht zu eng.
 7. Schreibe niemals „gestern“ oder „heute“, sondern dafür stets das Datum.
 8. Personennamen immer recht deutlich.
- Der Redakteur hat keine Schreibhilfe und keine Zeit, die Einsendungen nochmals abzuschreiben.

Zahlstellenberichte können nur in dem Umfang gebracht werden, wie es der Raum zuläßt, sie werden der Reihe nach wie hier eingetroffen veröffentlicht. Scharfe Erklärungen gegen die Schriftleitung können daran nichts ändern.

C. M. Es zeugt nicht von großer Information im Verbandsleben, wenn ein Zahlstellenvorsitzender seine Briefe noch an: Alois Staudinger adressiert. Hier ist wohl die Frage aufzuwerfen: Bist Du Dein Fachorgan?

Adressenänderungen.

1. Gau.
Schwerin. Kass.: Fritz Bork, Brunnenstr. 21.
3. Gau.
Gera. Kass.: Fritz Prell, Weststraße 1.
Jena. Vorj. u. Kass.: Georg Blank, Lutherstraße 152 II.
4. Gau.
Eigershausen. Vorj. u. Kass.: Hermann Peter.
Süplingen. Vorj.: Heinrich Basse.
Westerode. Vorj.: Karl Rothe, Bündheim, Bäderstr. 1.
5. Gau.
Dornap. Den Zahlstellen des rheinischen Kalksteingebiets zur Information, daß mit dem 10. Februar der Kollege Ernst Rig seine Funktion als besoldeter Lokal- und Bezirksangehöriger angetreten hat. Die in Frage kommenden Zahlstellen wollen sich in allen örtlichen Organisations- und Berufsfragen an den Bezirksleiter wenden. Wohnung: Dornap, Silberfelder Straße Nr. 291.
Enspel. Vorj.: August Schäfer II in Lothum.
Niederbreisig. Kass.: Franz Lammerich, Badelsgasse.
6. Gau.
Lahr. Vorj.: Fritz Schneider, Friedensheim Nr. 4.
Worms. Vorj. u. Kass.: Georg Röth, Worms-Pfiffingheim, Sickingen Straße 5.
7. Gau.
Neubau. Vorj.: Andreas Sebalb.
Schwegen. Kass.: Hans Zellner, Gagerreuth.
Weißenburg. Kass.: Andreas König in Oberhochstatt Nr. 3.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Der Firm“, Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Erscheint halbmönatlich ist durch alle Buchhandlungen, sowie durch alle Postämter oder direkt vom Verlag: „Der Firm“, Berlin W 57, zu beziehen. Abonnementspreis: vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 M.; bei Zustellung durch den Verlag 20 Pf. für Porto pro Heft extra; Einzelheft 1,20 M.; Probenummern kostenlos.

Heinrich Ströbel: Nicht Gewalt, sondern Organisation. Der Grundirrtum des Sozialismus. Sonderheft des „Firm“. Firm-Verlag, Berlin W 57, 3 M.

Die sozialistische Rundschau „Der Firm“ hat das vorliegende Werk zunächst als Sonderheft der genannten Zeitschrift erscheinen lassen, sie aber ihrer politischen Bedeutung wegen in den Buchhandel gebracht.

Zwei Vorzüge sind es, die das Buch weit über ähnliche Veröffentlichungen erheben: Ströbel — der damalige unabhängige Ministerpräsident der ersten preußischen Revolutionsregierung — bringt das riesenhafte über den Sozialismus vorliegende Material in einer Auslese, die nur das ganz sichhaltige und das schlagendste berücksichtigt. Dieses aber ist in einer Abrundung und Vollständigkeit in dem Büchlein enthalten, daß schon aus diesem Grunde diese Schrift in der Mappel seines politischen Wertes stehen sollte. Ferner weicht das Werk in Ton und Beweisführung von der bisher vorliegenden Literatur über das gleiche Thema völlig ab. Der Verfasser nimmt die bolschewistische Bewegung unter das scharfe Glas des kritischen Marxismus und weist nach, daß alle von ihr eingeschlagenen Wege allem entgegenlaufen, was bisher der wissenschaftliche Sozialismus als allgemein gültig angenommen und — als allein richtig bewiesen hat. Es wäre zu wünschen, daß die Schrift in die Hände der großen Mehrheit der deutschen Arbeitererschaft käme!

Von der im Verlage des „Verbandes sozialer Baubetriebe“ erscheinenden „Sozialen Bauwirtschaft“ liegen die ersten beiden Nummern in gebogener Ausstattung vor. In dem Eingangartikel wird eine kurze Schilderung der Entstehung des Verbandes gegeben. Die dem Verbande angeschlossenen Sozialen Baubetriebe erreichten im letzten Jahre bereits eine Umsatzgröße von zehn Millionen Mark. Der Allgemeinheit wurden hierbei fünfzehn Millionen Mark erspart. Und das bei bester Arbeit und guter Bezahlung der Arbeiter und Angestellten. Der Grund: „Wir wollen die Wirtschaft auf den Menschen einstellen und nicht den Menschen zum Spielball der kapitalistischen Wirtschaft machen“, trägt in seiner Auswirkung also bereits für die Allgemeinheit außerordentlich reiche Frucht. Ein Preisauschreiben für Techniker, die ihre Kraft den Sozialen Baubetrieben zur Verfügung stellen wollen, schließt die erste Nummer. In der zweiten Nummer wird behandelt der Herausgeber Dr.-Ing. Martin Wagner in klaren, unüberleglichen Ausführungen „Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen.“ Weitere Aufsätze geben wertvolle Anregungen für jeden Volksgenossen, den das Wohnungsproblem interessiert, das ja heute im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht.

Die Zeitschrift verdient als Kämpfer für die Sozialisierung weiteste Beachtung und Förderung. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. Die Bezugsgebühr beträgt für den Monat 5 M.

„Die Unabhängige Sozialdemokratie und die Beamten“ von Luise Zieg. Die kleine Schrift behandelt eingehend alle Beamtenfragen. Das Heftchen ist in der Buchhandlung „Freiheit“ zum Preise von 1 Mark zu haben. Organisationen können die Broschüre zu ermäßigtem Preise direkt vom Zentralkomitee beziehen.

„Arbeiterjugend und sexuelle Frage“ von Hans Hadma. Diese Broschüre, die ein für die Jugend so bedeutendes Thema behandelt, liegt in neuer, vollständig umgearbeiteter und verbesserter Auflage vor, nachdem die erste Auflage bereits in einem halben Jahre vergriffen ist. Der Preis der Broschüre beträgt 2,50 Mark.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Kottbus. Preis des Abonnements auf Nr. 4—6 ist 2,40 M. und 30 Pf. Porto.

„Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft“, von Otto Hue. (Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis 1 M.) ist eine Schrift des Kampfes und der Warnung, die jeder agitatorisch Tätige kennen muß. Mit einer Fülle von Material tritt Genosse Hue den Wankelmütigen entgegen, die noch vor kurzem die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft als notwendig empfunden haben. Scharf rechnet er mit den Konservativen ab, die früher selbst für eine Verstaatlichung der Kohlenwerke eingetreten sind und heute die Sozialisierung als eine bolsche-

wische Sache hinstellen. Hue kommt zu dem Schluss, daß die Sozialisierungsforderung in erster Linie eine staatspolitische Angelegenheit ist. Die kurze Broschüre gehört zu dem Besten, was über die Frage der Kohlensozialisierung überhaupt geschrieben worden ist.

„Der Aufstieg.“ Führer durch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von Franz Klüs. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 7,50 M.

Wer sich über die Geschichte der großen Bewegung unterrichten will, ohne daß er Zeit und Mühe findet, sich in größere Werke zu vertiefen, dem bietet der „Aufstieg“ einen zuverlässigen Führer. Ausgehend von der Organisation der mittelalterlichen Handwerkerzünfte in ihren „Brüderhäusern“, schildert das Buch die mit der Industrialisierung Deutschlands sich entwickelnde selbständige Klassenbewegung der Arbeiter, streift die Tätigkeit der vormärzlichen Geheimbünde, das Wirken Weitlings und der Kommunisten, beleuchtet das Werk von Marx, Engels und Lassalle und folgt dann der wechselreichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis in die neuesten Tage.

Unser Hauslied, vom Standpunkte ihrer wilden Verwandten, für jung und alt geschildert von Th. Zell. (Preis broschiert 20 M., gebunden 25 M.) Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, Berlin SW 68.

Die Menschen, namentlich in der Großstadt, sind dem Tierleben zu ihrem Nachteil entfremdet, nehmen es, soweit es das tägliche Leben in ihren Gesichtskreis bringt, als etwas Selbstverständliches hin. Und doch bürgt die liebevolle Beobachtung der Tierwelt und ihrer Gewohnheiten eine überreiche Quelle schöner Freuden in sich, die Th. Zell in seinem ausgezeichneten Werke auf neuen Wegen erschließt. — Ein beachtenswertes Buch, das die Tierwelt in ihrem Tun und Treiben dem Herzen des Volkes und der Jugend näher bringt, den Tierhaltern viel Nützliches bietet.

Wirtschaftliches Arbeitnehmersachenbuch (Preis 9 M. im Taschenformat gebunden), erschienen beim Volkswortverlag für Wirtschaft und Verkehr in Stuttgart. Aus den Erfahrungen des Praktikers und dem Wissen des Fachmannes heraus werden in dem handlichen Büchlein alle diejenigen Gebiete behandelt, über die man in Versammlungen, in der Debatte, bei Sitzungen, bei Beratung von Kollegen, beim Zeitungslesen, beim Schutze eigener Interessen sich oft rasch unterrichten muß, ohne gerade eines der kostspieligen, großen Nachschlagewerke zur Hand zu haben. Deshalb ist es zu begrüßen, daß man in dem wirtschaftlichen Arbeitnehmersachenbuch einen Berater erhält, der uns, ohne viel Platz in der Tasche zu beanspruchen, überallhin begleitet.

Versammlungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Schredendach. Bezirk des Berneder Schleifsteingebiets am 20. Februar, nachmittags 2 Uhr.
Berlin. Donnerstag, 24. Februar, abends 6 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, großer Saal (alle Branchen).

Trenschlingen. Konferenz der Juramarmor-, Traß- und Lithographiearbeiter am 27. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Grünen Baum“.

Anzeigen

Berlin

Donnerstag, den 24. Februar, abends 6:30 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ (Großer Saal)
Versammlung aller Branchen.

Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Wahl des Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Verschiedenes. — Um pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Kollegen! Entwürfe und Grabmalsschriften zeichnet Franz Siegler, Sieben (Hessen), Licherstr. 37. Bei Anfragen Rückporto erwünscht.

Schriftstauer, nur unverheiratete, welche auch in Dunstmalarbeiten in Sandstein und Muschelfalk perfekt sind, werden zum Tariflohn für dauernde Arbeit eingestellt. Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin, Werkstätten für Gräberkunst.

Steinmetzgehilfen

(mögl. unverheirat.) stellen per sofort oder später bei gutem Lohn ein C. R. Risch & Co. Landsberg a. W.

EINIGE STEINHAUER

für dauernd auf Odenwald-Syenit gesucht
Granit- und Syenitwerke Frohmann & Co. Reinheim (Hessen)

Wir suchen für unsere Marmor- MEISTER, die mit dem schleiferen eine tüchtige Kraft als Bearbeiter bunter Marmorarten und der Behandlung der Maschinen bestens vertraut ist und erbitten Angebote mit Ansprüchen und Referenzen Albin Grunert Nachf., Hildesheim

Mehrere Pflastersteinschläger

bei guter Verdienstmöglichkeit sofort gesucht. Bruchmeister GEORG REICH, RADIBOR b. Bautz. (Sa.)

Gesucht zum sofortigen Antritt, ein Sandsteinmetz, in der Kunststeinbranche erfahrener Steinmetz, speziell Kautschuk- und Harterer für Kunstschmelzkalk. Gebrüder Nordmann, Kunststeinwerke, Lübeck.

Zwei tüchtige Steinmetzen

1 Schrift- u. Verzierungsarbeiter auf Thüster Kalkstein sofort gesucht. Paul Wohnlich, Uenzen (Hannover).

Lebensstellung erhält sofort 1 tüchtiger Steinmetz

für sämtliche Grabmalarbeiten. Leichte Ornamente, Granitschrift hauen u. zeichnen, auch Schwarzschreiben, Bedingung. Erfahrung in Kunststein sehr erwünscht. Gute Kost und Logis im Hause. Ernst Müller, Werkstätten für Friedhofskunst, Großpendorf (R. Sa.)

Gestorben.

- (Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einlangend sind.)
 - In Sebnitz am 15. Januar der Granitsteinmetz Gustav Schlenker, 40 Jahre alt, Rehlpostulruloje.
 - In Strehlen am 29. Januar der Brecher Karl Melzer, 61 Jahre alt, Schwabe.
 - In Cunewalde am 2. Februar der Granitsteinmetz Johann Haake, 49 Jahre alt, Lungentuberikulose.
 - In Ruhmannsfelden am 2. Februar der Pflastersteinmacher Karl Alfons, 23 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In Mayen am 6. Februar der Brecher Jakob Krämer, 21 Jahre alt, Unglücksfall.
- Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.